

**Resolution der Delegiertenversammlung 2016
beschlossen am 1. Mai in Deggendorf**



**Die Delegiertenversammlung 2016 in Deggendorf
unterstützt die Kampagne des BUND e.V., den Atom-
ausstieg in Deutschland im Grundgesetz dauerhaft festzuschreiben!
„Atomkraft muss Geschichte werden!“**

Ein vertuschter Fast-Super-GAU im AKW Fessenheim (Elsass, Frankreich), Terror- und Sicherheitsprobleme um das AKW Tihange (Belgien), Lieferungen von nuklearen Brennelementen aus der Brennelementefabrik am deutschen AKW Lingen, unkorrekte Sicherheitsprotokolle in den Dokumentationen der deutschen AKWs Philippsburg und Biblis, „Computer-Würmer“ in Rechnern des AKW Gundremmingen – in den Atomkraftwerken in Deutschland und in der EU kann jeden Tag ein großer Unfall passieren.

Die Atomkatastrophen von Tschernobyl am 26. April 1986 und von Fukushima am 11. März 2011 haben gezeigt – Atomkraft ist nicht beherrschbar. Der Weiterbetrieb von Atomkraftwerken ist unverantwortlich. Deshalb fordern wir den Atomausstieg im Grundgesetz Deutschlands zu verankern! Der Atomausstieg muss im deutschen Grundgesetz dauerhaft festgeschrieben werden!

Wir fordern: Der Atomausstieg in Deutschland muss sofort erfolgen! Die Brennelementesteuer darf nicht abgeschafft werden! Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für ein schnelles Ende der Atomenergie auch in Europa einzusetzen! Radioaktivität macht an den Grenzen nicht halt.

Wir fordern von der Bundesregierung und vom Deutschen Bundestag: „Atomkraft muss Geschichte werden!“ Die Forderung, den Atomausstieg im deutschen Grundgesetz zu verankern, ist rechtlich grundsätzlich umsetzbar, dies zeigt ein internes Rechtsgutachten das seit dem 19. April 2016 dem Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland e.V. (BUND) vorliegt. Deutschland muss internationale Atom-Verträge überprüfen und auch aufkündigen. Auf deutschem Staatsgebiet dürfen in Zukunft weder nukleare Anlagen, nukleare Brennstoffe noch nukleare Waffen gefertigt, vermarktet oder eingesetzt werden.

Der BUND e.V. hatte, nach längerem Diskussionsprozess in 2013 und 2014, entschieden, den Stellvertretenden BUND-Vorsitzenden Klaus Brunsmeier in die „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ (Endlagersuchkommission) des Deutschen Bundestags zu entsenden. Die Diskussion in der Kommission ist kontrovers. Bisher konnte man sich in den entscheidenden Kapiteln inhaltlich nicht einigen. Der BUND Naturschutz hat daher größte Befürchtungen, dass es bei der Endlagersuche in absehbarer Zeit zu keinem Ergebnis kommt. Deshalb muss die Produktion von Atommüll sofort beendet werden.

Die Delegiertenversammlung 2016 in Deggendorf fordert „Atomkraft muss Geschichte werden!“ – der Atomausstieg muss in Deutschland im Grundgesetz festgeschrieben werden!